

Das Ökologieskript der Europäischen Union und seine Akzeptanz in den Mitglieds- und Beitrittsländern

The European Union's Ecological Script and Its Acceptance by the Citizens of the EU Member and Candidate Countries

Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld*

Lehrstuhl für Makrosoziologie, Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin, Garystraße 55, D-14195 Berlin
E-mail: gerhards@zedat.fu-berlin.de; hlengfe@zedat.fu-berlin.de

Zusammenfassung: Der fortschreitende Prozess der europäischen Integration lässt sich nicht nur als Zunahme europäischer Regelungen und der Ausbildung eines eigenständigen politischen Herrschaftsverbandes beschreiben, sondern auch als der Versuch der Etablierung einer europäischen Gesellschafts- und Werteordnung. Teil der Wertordnung der EU sind Ökologiewerte. Wir gehen der Frage nach, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und der Beitrittskandidaten die institutionalisierten Ökologiewerte der EU unterstützen. Zunächst rekonstruieren wir das Ökologieskript der EU unter Rückgriff auf die Entwicklung des Primär- und Sekundärrechts. Anschließend untersuchen wir mit Hilfe der Daten des „Gallup Millennium Survey“ 1999 und des „ISSP“ 2000, in welchem Maße die Ökologievorstellungen der EU von den Bürgern Europas geteilt werden und wie man gefundene Werteunterschiede erklären kann.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Zustimmungsraten der Bürgerinnen und Bürger zum Ökologieskript der EU recht hoch sind. Dies gilt aber nicht für alle Länder gleichermaßen. Die Bürger der EU-15-Länder sprechen sich stärker für den Vorrang der Umwelt vor der Wirtschaft aus als die Bürger der Beitritt I- und Beitritt II-Länder sowie der Türkei. Die gefundenen Unterschiede lassen sich vor allem auf den Grad der ökonomischen Modernisierung und den Anteil an Postmaterialisten in einem Land zurückführen. Diese Befunde deuten darauf hin, dass die mitteleuropäischen Länder und die Beitrittskandidaten mittelfristig kaum weitergehende EU-Initiativen zum Umweltschutz unterstützen werden. Langfristig jedoch kann sich dies ändern, wenn die ökonomische Modernisierung der neuen Mitgliedsstaaten voranschreitet und sich in ihrem Gefolge die grundlegenden Werthaltungen ändern.

Summary: European Integration can be interpreted not only as a process of increased regulation and the emergence of a new supranational political system. European integration can also be seen as an attempt to establish a European society with specific values. Part of these values are ecological values. We ask to what extent European citizens – of both EU member and candidate countries – support the environmental values of the EU. In a first step we reconstruct the ecological script of the EU as it is defined in the treaties and in European law. In a second step we examine whether citizens support the value script of the European Union, whether there are significant differences between the member states and the candidate countries, and how these differences can be explained. For these purposes we analyze the 1999 “Gallup Millennium Survey” and the “ISSP 2000” data set.

Overall the support of the ecological values is quite high. Nevertheless, there are significant differences between countries. The ecological standards of the EU get a high level of support within the fifteen old European Union countries and less support in the ten new and the further candidate countries. The level of support depends on several factors. The most important ones are the country's level of economic modernization and the respondent's postmaterial value orientation. We suppose that in the short run the new countries of the EU and the candidate countries will not support further EU-initiatives aimed at environmental protection. In the long run, however, this may change if the process of economic modernization and a shift from material to postmaterial values in these countries continues.

1. Einleitung

Aus *politikwissenschaftlicher* Perspektive betrachtet ist die Europäische Union ein supranationaler Herr-

schaftsverband, der zwischen den beiden Idealtypen Bundesstaat einerseits und Staatenbund andererseits zu verorten ist (vgl. statt anderer Kohler-Koch et al. 2004, Weidenfeld 2004). Die Nationalstaaten haben einen erheblichen Teil ihrer Souveränität auf die EU übertragen, ihre Bürger sind den Beschlüssen der Union unmittelbar unterworfen, Europarecht bricht nationales Recht, die Kommission überwacht die Implementierung der Beschlüsse, und der europäische Gerichtshof kann die Mitgliedsstaaten bei

* Wir bedanken uns bei David Glowsky und Juliane Seifert, die die Materialien zur Rekonstruktion der EU-Vorstellungen zur Ökologie zusammengestellt haben, sowie bei Silke Hans, Denis Huschka, Jochen Roose und Mike Steffen Schäfer für konstruktive Kritik.

Nichtbefolgung sanktionieren (Lepsius 1990). Die Verlagerung von Souveränitätsrechten von den Nationalstaaten auf die EU manifestiert sich in einer Vielzahl von Indikatoren. So ist die Summe von Entscheidungen seitens des Europäischen Rates bzw. der Europäischen Kommission kontinuierlich gestiegen, die Anzahl der Fachministerräte ebenfalls, die Verflechtung zwischen europäischer und nationaler Politik hat zugenommen (Kniill 2001), und auch die intermediären Organisationen und Interessengruppen richten ihr Augenmerk zunehmend auf die europäische Ebene (Fligstein/Stone Sweet 2002, Roose 2003, Stone Sweet et al. 2001, Wessels 1997).

Aus *soziologischer* Perspektive betrachtet lässt sich der europäische Einigungsprozess auch als Versuch der Etablierung einer europäischen Gesellschafts- und Werteordnung verstehen. Man kann die Institutionen der Europäischen Union als *Werteunternehmer* interpretieren, die sehr dezidierte Vorstellungen von einer europäischen Gesellschaft entwickelt haben und diese zu implementieren versuchen. Die EU verfügt über ein Skript einer idealen Gesellschaft, das sie mit ihren „policies“ auch zu realisieren versucht. Dieses Skript, das sich im EU-Primär- und Sekundärrecht und im Verfassungsentwurf manifestiert, soll den Mitgliedsstaaten wie den Institutionen der EU als normative Richtschnur des eigenen Handelns dienen.

An anderer Stelle wurde genauer beschrieben, wie dieses Skript einer europäischen Gesellschaft aussieht und welche Wertsphären dabei unterschieden werden können (Religion, Familie und Geschlechterrollen, Demokratie und Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wohlfahrtsstaat; vgl. Gerhards/Hölscher 2005). In diesem Beitrag knüpfen wir an diese Analysen an. Teil des EU-Gesellschaftsskripts ist auch eine spezifische Vorstellung des Umgangs der Menschen mit der natürlichen Umwelt. Bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den 1950er Jahren noch vollkommen bedeutungslos, hat die EU-Umweltpolitik mittlerweile einen beachtlichen Bedeutungszuwachs erfahren (Bailey 2003, Barnes/Barnes 1999, McCormick 1999): Der Umfang des umweltpolitischen Regelwerks hat stark zugenommen, und der Umweltschutz ist in den Zielkanon des Verfassungsentwurfs aufgerückt. Umweltschutz rangiert damit auf gleicher Höhe wie das Prinzip der Freizügigkeit, wie die soziale Marktwirtschaft und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Im *ersten Schritt* rekonstruieren wir die Genese und den Gehalt der Ökologievorstellungen der Europäischen Union als Bestandteil ihres Gesellschaftsskripts (Abschnitt 2). Dazu werfen wir einen Blick

auf die historische Entwicklung des EU-Rechts seit den 1950er Jahren bis zur jüngsten Osterweiterung im Jahre 2004. Im *zweiten Schritt* prüfen wir, ob und in welchem Maße die EU-Ökologievorstellungen von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitglieds- und der Beitrittsländer (Rumänien, Bulgarien und Türkei) unterstützt werden (Abschnitt 3).¹ Wir fragen, ob und in welchem Ausmaß es zwischen den europäischen Gesellschaften Einstellungsunterschiede im Hinblick auf die Unterstützung der Ökologievorstellungen der EU gibt. Zur Beschreibung dieser Einstellungen verwenden wir Daten des „Gallup International Millennium Survey“ aus dem Jahr 1999.

Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass die Unterstützung von im Recht institutionalisierten Werten durch die Bürger nicht unerheblich für die Durchsetzbarkeit und Legitimität der EU-Politiken ist. Denn in Wettbewerbsdemokratien können die politischen Eliten nicht dauerhaft gegen die Präferenzen der Mehrheit ihres Wahlvolks handeln. Die Konkurrenz der Eliten um Regierungspositionen und ihre Abhängigkeit von den Willensäußerungen der Bürger macht es sehr wahrscheinlich, dass sich die Eliten an den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit orientieren und sich im Hinblick auf diese Wünsche als responsiv erweisen (vgl. Almond et al. 2003: 42, Page/Shapiro 1983). Für das europäische Mehrebenensystem bedeutet dies, dass je unterschiedlicher die Wertorientierungen zur Umwelt zwischen den Bürgern der Mitgliedsstaaten der EU sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer europäisch koordinierten Umweltpolitik.

Unsere deskriptiven Befunde werden zeigen, dass das EU-Umweltskript durchaus eine unterschiedliche Unterstützung bei den Bürgern Europas erfährt. Um Hinweise auf die langfristige Persistenz bzw. Wandlungsfähigkeit dieser nationalen Einstellungsunterschiede zu erhalten, versuchen wir im *dritten Schritt*, die Unterschiede in den Einstellungen der nationalen Bevölkerungen zu erklären (Abschnitt 4). Dazu formulieren wir sechs Hypothesen, die wir anschließend multivariat überprüfen. Da im Rahmen des „Gallup International Millennium Survey“ kaum Informationen über die sozioökonomische Lage der Befragten erhoben wurden, verwenden wir für die Kausalanalyse Daten des „International Social Science Programme“ (ISSP) aus dem Jahr

¹ Seit dem 3.10.2005 hat die EU – für viele überraschend – auch mit Kroatien Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Da unsere Analysen vor diesem Zeitpunkt abgeschlossen waren, bleiben die Daten dieses Landes im Folgenden unberücksichtigt.

2000. Welche Schlussfolgerung man aus diesen Befunden für die Zukunft der EU-Umweltpolitik ziehen kann, diskutieren wir im letzten Abschnitt.

2. Das Ökologieskript der EU

Die EU-Umweltpolitik hat seit den 1970er Jahren eine erstaunliche Entwicklung genommen. Zum Zeitpunkt des „Take Off“ der EU im Jahre 1957 waren die neuen Institutionen für den Schutz der natürlichen Umwelt noch nicht zuständig. Bis Anfang der 1970er hatte es nur vereinzelte Umweltrichtlinien gegeben, die aber auf Grund ihrer geringen Bedeutung nicht als europäische Umweltpolitik verstanden werden können (Fürst 2004: 42). Das änderte sich im Laufe der 1970er Jahre. Seitdem hat das Thema Ökologie zunehmend an europäischer Relevanz gewonnen. Diesen Prozess der Bedeutungszunahme des Umweltthemas kann man in drei Phasen unterteilen: die Startphase (2.1), die Phase der rechtlichen Etablierung (2.2) und die Erweiterungphase (2.3).

2.1 Die umweltpolitische Startphase

Im Anschluss an die erste Umweltschutzkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm 1972 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der damaligen EG eine Erklärung zur Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. In dieser Erklärung wurde die Kommission beauftragt, ein Aktionsprogramm für Umweltschutz auszuarbeiten. Anders als Verordnungen und Richtlinien besitzen Aktionsprogramme keine Gesetzeskraft. Gleichwohl ist ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen, da sie dem gesetzgeberischen Produktionsprozess als Richtschnur für konkrete politische Initiativen dienen (vgl. Barnes/Barnes 1999, Krämer 1992).

1973 beschloss die Kommission dann das erste umweltpolitische Aktionsprogramm. Darin legte sie die Grundsätze der Umweltpolitik fest, so unter anderem das Präventions- und das Verursacherprinzip. In den weiteren fünf Aktionsprogrammen wurden die umweltpolitischen Zielsetzungen mehr und mehr konkretisiert. Seit dem dritten Aktionsprogramm (1982–1986) wurde die Integration der Umweltpolitik in andere Politikbereiche festgeschrieben. Im fünften (1993–2000) und sechsten (seit 2001) Aktionsprogramm schließlich wurden nicht nur konkrete Umweltprobleme und deren Lösung durch Politiken behandelt, sondern auch Prinzipien der Kooperation der EU-Akteure mit außerstaatlichen Akteursgruppen definiert.

Da der Umweltschutz nicht Teil der römischen Verträge und damit nicht als europäische Aufgabe im Primärrecht definiert war, besaß die Kommission für ökologische Politiken keine Legitimation. Dieses Legitimationsdefizit wurde, wie häufig bei der Ausdehnung der Herrschaftsbereiche der EU, durch eine Strategie des „*Script-bridging*“ überwunden.² Bekanntlich ist die EU vor allem und in erster Linie als Wirtschaftsgemeinschaft entstanden. Die Ausdehnung der Zuständigkeiten auf andere Politikfelder erfolgte zumeist durch die interpretatorische Verbindung mit dem Wirtschaftsskript.³ Mit dieser Strategie hat die EU auch ihre Zuständigkeit auf ökologische Fragen ausgedehnt (vgl. Knill 2003: 19ff., Johnson/Corcelle 1989: 2ff.). Laut der Präambel der Römischen Verträge ist das Ziel der EU die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen. In Artikel 2 des EG-Gründungsvertrages wird ihr die Aufgabe zugeschrieben, eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens zu fördern. Auch wenn die Gründerväter bei dem Terminus „Lebensbedingungen“ vor allem die ökonomischen Lebensbedingungen vor Augen hatten, ermöglicht der Begriff im Grundsatz auch ökologische Lebensbedingungen als relevante Aufgabe einzuschließen.

Im Vertragstext selbst wurde Umweltschutz jedoch nicht explizit erwähnt. Insofern blieben die umweltpolitischen Maßnahmen der EU bis zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1987 in erster Linie ökonomisch legitimiert. Von 1972 bis 1987 basierten daher alle umweltpolitischen Maßnahmen auf wirtschaftspolitischer Legitimationsgrundlage (Fürst 2004: 42, Knill 2003: 22).⁴ Trotz der dünnen Rechtslage verselbständigte sich die Umweltpolitik

² Der Begriff schließt an das Konzept des „*Frame-bridging*“ an, wie es vor allem von David Snow in der Bewegungsforschung entwickelt wurde; vgl. Snow et. al. 1986, Snow/Benford 1988.

³ Für das Familienskript der EU vgl. Gerhards/Hölscher 2003. Die EU betreibt an jenen Stellen Familienpolitik, wo Familienfragen Wirtschaftsfragen tangieren. Da die politische Regulierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Familie auf das Binnenleben von Familien zurückwirkt, betreibt die EU auf *mittelbarem* Wege auch Familienpolitik und versucht ihre Vorstellungen einer wünschenswerten Familie zu etablieren.

⁴ Neben Artikel 2 wurde auch Artikel 94 des EGV angewendet: „Der Rat erlässt einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des gemeinsamen Marktes auswirken.“

und löste sich von anderen Bereichen ab. Neben den Aktionsprogrammen wurden im Laufe der Zeit rund 200 verbindliche Rechtsakte verabschiedet. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat diese Auslegung des EU-Rechts legitimiert, indem er z. B. den Erlass von einheitlichen Produktionsvorschriften akzeptierte. Durch Produktionsvorschriften werden z. B. Emissionswerte festgelegt und damit Umweltpolitik betrieben.⁵

2.2 Die Phase der rechtlichen Etablierung

Zum 1. Juli 1987 wurde der EWG-Vertrag um die Einheitliche Europäische Akte (EEA) erweitert. In ihr wurde die Umweltpolitik als separates Politikfeld von anderen Gebieten abgelöst und erhielt eine eigene Generaldirektion, wodurch die institutionelle Stellung der Umweltpolitik unterstrichen wurde. Durch die Verträge von Amsterdam und Maastricht wurde die Ausdifferenzierung des Politikfelds der Umweltpolitik bekräftigt. 1994 wurde die Europäische Umweltagentur eröffnet, die in Kopenhagen Umweltdaten sammelt und für Brüsseler Entscheidungen aufbereitet. Den symbolisch wichtigsten Höhepunkt dieser Entwicklung markiert die Aufnahme des Umweltschutzes in die Präambel des Entwurfs der Europäischen Verfassung. In Artikel II (3) heißt es: „Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin“. Die näheren Ziele werden in Art. III-233 definiert. Dazu zählen im Einzelnen:

- Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität,
- Schutz der menschlichen Gesundheit,
- umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen,
- Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme.

Innerhalb von 20 Jahren ist die Idee einer zu schützenden Umwelt zum festen Bestandteil des Gesellschaftsskripts der EU geworden. Dies bedeutet natürlich nicht, dass das primäre Ziel der EU, ein *wirtschaftlich* integriertes Europa zu erreichen, durch die Idee eines ökologischen Europas ersetzt wurde. Gleichwohl wurden ökonomische Rationalitätskriterien zunehmend durch ökologische Kriterien ergänzt, die den ökonomischen Kriterien zum Teil klar widersprechen. Dabei blieb die ökologische Idee keine abstrakte Ideologie, sondern war und ist folgenreich und wirkmächtig für eine Vielzahl konkreter Entscheidungen.⁶

⁵ Knill (2003: 25f.) nennt drei Gründe, warum es zur Entstehung eines eigenständigen europäischen Politikfelds „Umweltpolitik“ gekommen ist: (1) Erhöhter ökologischer Problemdruck in den Mitgliedsstaaten vor allem zu Beginn der 1980er Jahre (z. B. die Diskussion um das Waldsterben in Deutschland); (2) Vorreiter erhöhten die Dynamik (aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters der ökologischen Probleme haben einige Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Niederlande und Dänemark – unterstützt vom EuGH – versucht, durch europäische Maßnahmen den Druck auf andere Länder zu erhöhen); (3) Unterschätzung der Wirkung der EU-Vorschriften (in den Verhandlungen unterschätzen einige Mitgliedsstaaten die konkreten finanziellen Konsequenzen der EU-Vorschriften; so stimmten sie z. B. strengen Richtlinien für die Trinkwasserqualität zu, ohne sich über die langfristigen Kosten der Umsetzung im Klaren zu sein).

⁶ Dies sei an einem Beispiel illustriert. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 17.09.2002 in einem Urteil bestätigt, dass anspruchsvolle Umweltschutzkriterien, die über die derzeitigen gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, bei der wettbewerblichen Vergabe von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) berücksichtigt werden dürfen. Dies ist laut EuGH auch dann erlaubt, wenn nur wenige Verkehrsunternehmen diese Umweltkriterien erfüllen können. So hatte die Stadt Helsinki 1997 in einer Ausschreibung für den innerstädtischen Busverkehr als Zuschlagskriterium u. a. Emissionsstandards festgelegt, die nur von Erdgasbussen eingehalten werden können. Nachdem das gemeindeeigene Unternehmen den Zuschlag erhielt, klagte ein Konkurrent, der darin eine unrechtmäßige Diskriminierung sah. Der zuständige Generalanwalt beim EuGH hatte argumentiert, dass eine Gemeinde als öffentlicher Aufgabenträger im Rahmen ihrer Verantwortung umweltpolitische Zielvorstellungen festlegen und diese auch in Bestbieterkriterien für die Ausschreibung festschreiben darf: Die Einhaltung auch sehr anspruchsvoller Abgasgrenzwerte im ÖPNV gehöre zu jenen Bestbieterkriterien, die von der Dienstleistungsrichtlinie (RL 92/50) vorgesehen seien. Sie könne daher nicht als Diskriminierung anderer Bieter interpretiert werden, deren Fahrzeuge solche Grenzwerte nicht erreichen (Nähere Informationen finden sich unter http://www.bmu.de/pressearchiv/14_legislaturperiode/pm/1758.php; für die ausführliche Urteilsbegründung siehe http://www.ihk-niederrhein.de/downloads/EuGH-oeffentliche_Ausschreibungen_Umweltkriterien.pdf).

2.3 Die Erweiterungsphase

Die EU hat ihr Ökologieskript mit dem Beitritt der zehn mittelosteuropäischen Staaten im Jahre 2004 auch auf die neuen Länder ausgedehnt und diese damit der europäischen Werteordnung unterworfen. Die Kopenhagener Kriterien von 1993 verlangen u. a., dass jedes Beitrittsland den gemeinschaftlichen Besitzstand (*Acquis Communautaire*) in seine nationalen Rechtsvorschriften aufnimmt. Das von den Beitrittsländern zu übernehmende Gemeinschaftsrecht umfasst insgesamt 31 Kapitel, von denen sich eines mit dem Umweltschutz befasst (Kapitel 22). Dieses Umweltschutzkapitel ist selbst wiederum in elf verschiedene Bereiche gegliedert. Diese bilden die Grundlage für die Überprüfung der Anpassungsfortschritte (vgl. Anhang 1).⁷

Es ist beabsichtigt, dass die formal rechtliche Angleichung mit der praktischen Umsetzung der Rechtsvorschriften einhergeht. So sollen Umweltschutzförderprogramme in die Wirtschaftspolitik und in andere Politikbereiche des jeweiligen Landes integriert werden. Außerdem soll der ökologische Vorteil der biologischen Vielfalt erhalten bleiben. Die Bewerberländer waren gehalten, „realistische langfristige nationale Strategien zur allmählichen effektiven Angleichung“ (Europäische Gemeinschaften 1995–2005a: 1) aufzustellen und umgehend mit deren Umsetzung zu beginnen. Welche Umweltbereiche vorrangig zu behandeln sind, wurde von der Kommission für jedes Land separat festgelegt. Besonderen Nachholbedarf sieht die Kommission in den Bereichen Luft- und Wasserverschmutzung sowie in der Abfallentsorgung (Europäische Gemeinschaften 1995–2005a: 2).

Die Angleichung an die Umweltstandards der EU ist für die Beitrittsländer mit erheblichem finanziellen Aufwand verbunden. Die Investitionskosten werden auf etwa 100 bis 120 Milliarden Euro geschätzt (Roth-Behrendt/Nowak 2004: 318). Dabei handelt es sich vor allem um Infrastrukturkosten für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserbehandlung und die Abfallentsorgung. Im Grundsatz müssen die Beitrittsländer die erforderlichen Mittel selbst bereitstellen. Dabei werden sie jedoch durch verschiedene bilaterale Programme der Gemeinschaft unterstützt. Diese Unterstützung hat bereits vor dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten in großem

Umfang stattgefunden. Das zentrale EU-Instrument der Unterstützung ist das 1989 ursprünglich für Polen und Ungarn konzipierte PHARE-Programm („Pologne, Hongrie Assistance à la Reconstruction Economique“). PHARE stellt den Beitrittsländern seit dem Jahr 2000 jährlich rund 1,5 Milliarden Euro bereit. Ebenfalls seit 2000 wurden im Rahmen des ISPA-Programms („Instrument for Structural Policies for Pre-Accession“) zusätzliche Mittel in jährlicher Höhe von einer Milliarde Euro zur Bekämpfung der Probleme im Umweltbereich reserviert. Die Inanspruchnahme der Mittel ist davon abhängig, dass die neuen Investitionen der Beitrittsländer mit dem *Acquis* vereinbar sind. Darüber hinaus versucht die EU internationale Finanzinstitute dahingehend zu beeinflussen, diese Darlehen von der Konformität mit dem Umwelt-*Acquis* abhängig zu machen (Europäische Gemeinschaften 1995–2005a: 3).

Fassen wir unsere Rekonstruktion des EU-Ökologieskripts zusammen. Der Schutz der natürlichen Umwelt hat im Gesellschaftsskript der EU im Zeitverlauf zunehmend an Bedeutung gewonnen und ist zu einem zentralen Bestandteil dieses Gesellschaftsskripts geworden. Auch wenn die Union weiterhin in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, wurde die Institutionalisierung ökonomischer Rationalitätskriterien durch ökologische Kriterien ergänzt. Die EU hat sich die Umweltpolitik eigeninitiativ, durch die Hintertür der Harmonisierung des gemeinsamen Marktes, angeeignet und Schritt für Schritt im Primärrecht der Verträge verankert. Weiterhin hat sie ihre umweltpolitischen Zielsetzungen über die Aktionsprogramme kontinuierlich ausgebaut. Schließlich hat sie den Beitritt der mittelosteuropäischen Länder daran geknüpft, dass diese umfangreiche Investitionen in den Umweltschutz tätigen. Diese Maßnahmen werden im Rahmen verschiedener EU-Programme mit mehreren Milliarden Euro jährlich gefördert.

3. Umwelteinstellungen der Bürger in den Mitglieds- und Beitrittsländern der europäischen Union

In welchem Ausmaß unterstützen die Bürgerinnen und Bürger der verschiedenen europäischen Gesellschaften die Idee der EU, ein hohes Maß an Umweltschutz auch unter Beschränkung rein ökonomischer Rationalitätskriterien zu erzielen? Zur Beantwortung dieser Frage bedienen wir uns des Instrumentariums der international vergleichenden Surveyforschung. Wir beschreiben zunächst den verwendeten

⁷ Im Rahmen der Beitritt I-Verhandlungen wurden jedoch insgesamt 60 Übergangsfristen für die Anwendung des Gemeinschaftsrechts vereinbart, insbesondere in den kostenintensiven Bereichen der Abwasserentsorgung und der Luftreinhaltung (BMU 2005).

Datensatz und unsere methodische Vorgehensweise, stellen dann die deskriptiven Befunde vor und interpretieren die vorgefundenen Länderunterschiede.

3.1 Daten, Variablen und Methode

Um die Umweltwerte der EU-Bürger zu analysieren, kann man auf verschiedene Datensätze zurückgreifen. Wir haben uns für den „Gallup International Millennium Survey“ aus dem Jahr 1999 entschieden. Der Millennium Survey ist eine standardisierte Einstellungsbefragung, die in 82 Ländern auf allen Kontinenten der Welt durch die „Gallup International Association“ (GIA), einem der weltweit größten kommerziellen Meinungsforschungsinstitute, durchgeführt wurde.⁸ Befragt wurden Personen ab 14 Jahren auf der Grundlage einer jeweils nationalen Zufallsauswahl. Die Befragungen fanden im Herbst 1999 statt und wurden mittels CATI-Interview oder, wo es aufgrund der nationalen technischen Voraussetzungen bzw. des Befragtenverhaltens nicht möglich war, als CAPI-Interview durchgeführt. Pro Land wurden unterschiedliche Stichprobengrößen realisiert (von 500 Befragten in den kleineren Ländern bis zu 2000 Befragten in den bevölkerungsreichen Ländern). Gegenstand der Befragung waren Einstellungen in folgenden Lebensbereichen: Umwelt, Governance und Demokratie, Religion, Gleichberechtigung der Geschlechter, Kriminalität, allgemeine Lebensziele, Vereinte Nationen und Menschenrechte.

Wir haben den Millennium Survey aus zwei Gründen ausgewählt. Erstens ist der Millennium Survey in der überwiegenden Mehrzahl der europäischen Staaten durchgeführt worden und deckt fast alle Mitglieds- und Beitrittsländer der EU ab. Von den EU-15-Ländern wurden lediglich Griechenland und Portugal nicht befragt, und von den 2004 beigetretenen Ländern (Beitritt I) fehlen lediglich Slowenien und Malta. Die Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien (Beitritt II) und die Türkei waren ebenfalls Teil der Befragung. Gegenüber anderen Umfragen wie etwa dem Eurobarometer 62.1, in dem ebenfalls eine Reihe von Umweltfragen gestellt wurden, sind im Millennium Survey damit auch die Beitrittskandidaten der EU vertreten. Damit verfügen wir über einen Datensatz, der die Werte der überwiegenden Mehrheit der gegenwärtigen und zukünftigen EU-Bürgerinnen und Bürger abbildet.

⁸ Der Datensatz ist für wissenschaftliche Zwecke freigegeben und über die „Gallup International Association“ bestellbar.

Zweitens enthält der Millennium Survey eine Frage, die das Umweltskript der EU vergleichsweise gut operationalisiert. Gefragt wurde, welches der beiden Ziele aus Sicht des Befragten wichtiger ist: die natürliche Umwelt zu schützen oder wirtschaftliches Wachstum sicherzustellen. „Which of the following statements do you tend to agree with more? It is more important to protect the environment than to ensure economic growth (1); It is more important to ensure economic growth than to protect the environment (2); Don't know (3)“. Zwischen den formulierten Zielen sollten die Befragten eine Entscheidung treffen.

Diese Frageformulierung hat einen doppelten Vorteil. Zum einen wird die Kostenseite des Umweltschutzes thematisiert. Bei der Messung von Werteinstellungen hat sich herausgestellt, dass man diese valider operationalisieren kann, wenn man die Einnahme eines Wertestandpunktes mit bestimmten Konsequenzen („Kosten“) für das Individuum oder eine soziale Einheit verknüpft (vgl. zur so genannten „Low-cost Hypothese“ Diekmann 1996, Diekmann/Preisendörfer 2003). Die Frageformulierung unterstellt, dass die Förderung der Umwelt mit materiellen Kosten verbunden ist: Wirtschaftliches Wachstum wird durch die Geltung von umweltpolitischen Normen begrenzt, weil die Einhaltung dieser Normen Kosten verursacht, für die der Einzelne und die Gemeinschaft aufkommen müssen. Zum anderen misst die Frage recht gut das Skript der EU. Wir hatten im letzten Kapitel gesehen, dass die Ökologievorstellungen Schritt für Schritt den Ökonomie- und Wachstumsvorstellungen an die Seite gestellt wurden. Die Frageformulierung enthält genau diese beiden Zielvorstellungen.

Wir geben die Antworten der Befragten pro Land in Form von relativen Häufigkeiten jeweils getrennt für den Vorrang des Umweltschutzes und des Wirtschaftswachstums wieder. Die Länder haben wir nach ihrem Beitrittszeitpunkt zur EU gruppiert.

3.2 Ergebnisse

Tabelle 1 gibt die Ergebnisse unserer Berechnung wieder. In 20 von 22 Ländern (Ausnahmen sind Ungarn und die Türkei) räumen die Bürger dem Umweltschutz eine höhere Priorität ein als wirtschaftlichem Wachstum. Dies sind auch im Vergleich zu anderen Wertsphären sehr hohe Zustimmungsraten (vgl. Gerhards/Hölscher 2005). Die Ökologievorstellungen der EU finden bei den Bürgern also eine erstaunlich hohe Unterstützung. Zwischen den Ländern und den vier Ländergruppen gibt es aber zum

Tabelle 1 Umweltwerte in der Europäischen Union und den Beitrittskandidaten (relative Häufigkeiten)

	Umweltschutz ist wichtiger als Wirtschaftswachstum	Wirtschaftswachstum ist wichtiger als Umweltschutz	Weiß nicht
EU-15	59,7	25,4	15,0
Dänemark	72,5	15,2	12,3
Finnland	69,8	15,3	14,9
Großbritannien	65,5	25,4	9,1
Schweden	62,2	29,4	8,4
Spanien	62,0	17,9	20,1
Luxemburg	60,4	26,8	12,8
Niederlande	59,8	19,3	21,0
Italien	59,5	26,0	14,5
Irland	57,3	23,2	19,5
Belgien	56,1	33,9	10,0
Österreich	53,5	21,0	25,5
Frankreich	52,7	43,2	4,1
Deutschland	44,3	33,4	22,3
Beitritt I	48,2	40,3	11,5
Slowakei	57,2	39,9	2,9
Litauen	49,0	45,9	5,2
Estland	48,9	38,2	12,9
Polen	47,4	35,9	16,7
Lettland	45,8	37,1	17,1
Ungarn	41,0	44,9	14,1
Tschechien*	–	–	–
Beitritt II	47,9	21,8	30,3
Rumänien	47,9	21,9	30,2
Bulgarien	47,8	21,8	30,3
Türkei	40,5	44,4	15,1

Quelle: Gallup Millennium Survey, N = 21680. Wiedergegeben sind relative Häufigkeiten sowie aggregierte Häufigkeiten nach Beitrittsgruppe; gerundet. * In Tschechien wurde die Umweltfrage nicht gestellt.

Teil deutliche Niveauunterschiede. Knapp 60 Prozent der EU-15-Bürger geben dem Umweltschutz den Vorzug vor wirtschaftlichem Wachstum. Nur in Deutschland sind es im Mittel weniger als 50 Prozent. Zwar erlaubt der Millennium-Datensatz keine Unterscheidung der Befragten in Ost- und Westdeutschland. Wie wir jedoch im nächsten Abschnitt sehen werden, dürfte der in Relation zum EU-15-Durchschnitt niedrigere Mittelwert auf eine geringe Zustimmungsrates in Ost-Deutschland zurückgehen. In den Beitritt I- und Beitritt II-Ländern sind es noch rund 48 Prozent und in der Türkei nur noch 40,5 Prozent der Befragten, die für eine herausgehobene Rolle des Umweltschutzes plädieren.

Blicken wir auf die zweite Spalte, so finden wir eine annähernd spiegelbildliche Struktur vor. Während nur rund ein Viertel der befragten EU-15-Bürger für einen Vorrang der Wirtschaft vor der Ökologie plädiert, sind es in den Beitritt I-Ländern und der Türkei mehr als 40 Prozent. In den Beitritt II-Ländern ist dagegen ein großer Teil der Befragten ambivalent: 30 Prozent sehen sich nicht in der Lage, zwischen beiden Wertorientierungen eine Entscheidung zu treffen.

Aber auch innerhalb der Ländergruppen finden sich zum Teil deutliche Varianzen. Die höchsten Zustimmungsrates erhält der Umweltschutz in Skandinavien, gefolgt von den westeuropäischen Ländern Großbritannien, den Benelux-Staaten, Italien und

Spanien sowie der Slowakei. Ähnlich wie in anderen Wertebereichen bilden die skandinavischen Länder die „Musterknaben“ der EU (vgl. Gerhards/Hölscher 2005). Die niedrigste Zustimmung findet der Umweltschutz in Lettland, Ungarn sowie der Türkei. Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit Berechnungen auf der Grundlage anderer Datensätze wie dem ISSP 2000 (Franzen/Meyer 2000: 124), dem Eurobarometer 62.1 (European Commission 2005: 41ff.) und dem World Values Survey 1990-93 (Inglehart 1995: 61).

Insgesamt sind die Zustimmungsraten der Bürgerinnen und Bürger zum Ökologieskript der EU recht hoch; Umweltschutz ist ein fester Bestandteil der Werte der Bürger Europas. Im Vergleich zu anderen Wertsphären befinden sich die Umweltwerte der Bürger damit im Einklang mit den EU-Wertvorstellungen. Dies gilt aber nicht für alle Länder gleichermaßen. Mit der vollzogenen Aufnahme der mittelosteuropäischen Beitrittsländer sowie der nächsten Erweiterung im Jahr 2007 wird sich das kulturelle Gesamtgefüge der EU im Hinblick auf die Ökologievorstellungen verändern. Der Anteil derer, die die Wirtschaftspolitik der EU durch ökologische Rationalitäten ergänzt sehen wollen, wird abnehmen.

Dies wird *mittelfristig* Folgen für das Institutionengefüge der EU und für die politischen Akteure haben. Vor allem für jene Akteure, die sich das Ökologiethema auf die Fahnen geschrieben haben, werden sich mit der weiteren Expansion der EU die Bedingungen für die Durchsetzung ihrer Ziele verschlechtern. Die Erweiterung wird den Gegenwind für diese Interessengruppen erhöhen, weil der Rückhalt für ihre Forderungen, die sie in der Vergangenheit vor allem auf der Ebene der EU-Kommission relativ erfolgreich durchsetzen konnten (vgl. Roose 2003), schwächer wird. Die neuen Länder erhalten mit der Mitgliedschaft auch alle Mitsprache- und Gestaltungsrechte in den EU-Gremien. Damit verschieben sich die Machtverhältnisse innerhalb der Institutionen der EU. Wenn die Repräsentanten der neuen Mitgliedsstaaten sich an den Vorstellungen ihrer Bürger orientieren, dann könnten Ökologiefragen es zukünftig schwerer haben, sich politisches Gehör zu verschaffen.

Von den mittelfristigen Folgen sind jedoch die *langfristigen* Effekte zu unterscheiden. Werthaltungen sind keine unveränderlichen Größen, sondern verändern sich in Abhängigkeit von den sozialen Kontextbedingungen der Einstellungsbildung (vgl. statt anderer Inglehart 1989, 1997, Kohn/Schooler 1982, Wegener 2001). Wenn sich die Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern än-

dern, so kann dies langfristig zu einer Erhöhung der Unterstützung der umweltpolitischen Zielvorstellungen der EU führen. Damit stellt sich die Frage, welche sozialen Kontexte Umwelteinstellungen beeinflussen.

4. Erklärung der Unterschiede in den Umwelteinstellungen

4.1 Hypothesen

Wir gehen davon aus, dass Einstellungen zum Umweltschutz von drei Bedingungen abhängen: (1) von der materiellen Wohlfahrt der Bürger und ihrer Länder, (2) von den grundlegenden Werthaltungen der Bürger, und (3) vom Zustand der Umwelt eines Landes.

(1) *Umweltschutz als Budgetrestriktion.* Wir vermuten, dass die EU-Bürger Umweltschutz als finanzielle Belastung wahrnehmen, weil Maßnahmen des Umweltschutzes vorwiegend mit Kostenfaktoren assoziiert und weniger als Quelle wirtschaftlichen Fortschritts angesehen werden (vgl. nur Diekmann 1996). Und in der Tat sind ja eine Reihe von Umweltschutzmaßnahmen – wie der Einbau von Filteranlagen oder die Einrichtung von Landschaftsschutzgebieten – mit erheblichen Kosten verbunden. Diese Kosten sind vom Einzelnen und der Gemeinschaft aufzubringen. Damit konkurriert der Umweltschutz nicht nur mit den materiellen Nutzeninteressen der Bürger, sondern auch mit einer Reihe anderer Werte, deren Umsetzung ebenfalls materielle Kosten hervorruft (z. B. der Ausbau des Sozialstaats zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit oder der Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt). Daher vermuten wir, dass Präferenzen für den Schutz der Umwelt zum einen vom Niveau des *individuellen Wohlstands* abhängen: Je wohlhabender ein Bürger ist, desto geringer ist seine Budgetrestriktion für Investitionen in den Umweltschutz, und desto mehr spricht er sich für Umweltschutz als Ziel aus (vgl. auch Franzen/Meyer 2004). Diese These deckt sich mit der sog. „Luxusgutthese“ in der Ökonomie, wonach die Bereitschaft zum Umweltengagement mit steigendem individuellen Wohlstand zunimmt (vgl. Baumol/Oates 1979: 174ff.). Operationalisiert man den individuellen Wohlstand durch das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen des Bürgers (Äquivalenzeinkommen), so lautet unsere erste Hypothese:

H1: Je höher das Äquivalenzeinkommen eines EU-Bürgers, desto stärker ist seine Präferenz für Umweltschutz.

Der gleiche Zusammenhang gilt für die Budgetrestriktion eines Landes, in dem ein EU-Bürger wohnt. Da eine intakte Umwelt ein kollektives Gut ist, für dessen Erhalt bzw. Wiederherstellung geringe individuelle Anreize bestehen, müssen viele Umweltschutzmaßnahmen öffentlich finanziert werden. Je höher nun diese Ausgaben sind, desto größer ist die Budgetrestriktion des Staates für die Durchsetzung konkurrierender Werte. In Übereinstimmung mit anderen Studien (Diekmann/Franzen 1996, Franzen 2003, Preisendörfer/Franzen 1996: 228ff.) vermuten wir, dass die Zustimmung der Bürger zum Umweltschutz von der ökonomischen Wohlfahrt ihres Landes abhängt: Je reicher das Land, desto stärker ist die Präferenz für den Umweltschutz. Misst man die materielle Wohlfahrt eines Landes über das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, so lautet unsere zweite Hypothese:

H2: Je höher das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt eines Landes, desto stärker sprechen sich dessen Bürger für Umweltschutz aus.

(2) *Grundlegende Wertvorstellungen und Umwelt-einstellungen.* Menschen folgen nicht nur ihren materiellen Interessen, sondern auch ihren Ideen und ideologischen Orientierungen (vgl. den Überblick über experimentelle Ergebnisse bei Fehr/Fischbacher 2002). Das Links/Rechts-Schema stellt ein abstraktes ideologisches Raster dar, mit dem die Bürger konkrete politische Themen interpretieren. Es erleichtert den Bürgern Orientierung und eine eigene Positionsbestimmung bezüglich einer Vielzahl unterschiedlicher politischer Themen. Mit den Polen Rechts und Links sind jeweils unterschiedliche generelle gesellschaftliche Werte und politische Ideologien verbunden. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann (1990) haben diese Vorstellungen auf der Basis einer Umfrage in drei Ländern empirisch rekonstruiert. Mit rechten Vorstellungen sind im stärkeren Maße Ideen der wirtschaftlichen Entwicklung, des Wachstums und der nationalen Identität verbunden, mit linken Vorstellungen im höheren Maße Ideen der Gleichheit und Solidarität.

Wie verschiedene empirische Studien zeigen, gilt dieser Zusammenhang offenbar auch für Einstellungen zum Umweltschutz (vgl. Preisendörfer 1999: 156, Preisendörfer/Franzen 1996: 228). Im Anschluss an diese Befunde vermuten wir, dass Personen, die sich als politisch links einschätzen, sich verstärkt für Umweltschutz aussprechen, während Bürger mit rechtsgerichteten Überzeugungen eher gegen Umweltschutz votieren:

H3: Personen mit linker politischer Orientierung sprechen sich stärker für Umweltschutz aus als Personen mit rechter politischer Orientierung.

In Hypothese H2 haben wir einen Effekt des Wohlstandsniveaus eines Landes auf die Umweltwerte seiner Bevölkerung formuliert. Wir greifen diesen Zusammenhang nochmals auf, diesmal jedoch unter anderen theoretischen Vorzeichen. Wie die Postmaterialismus-These von Ronald Inglehart behauptet, geht mit der Steigerung des ökonomischen Wohlstands eine Veränderung der grundlegenden Werthaltungen der Bürger einher (Inglehart 1971, 1983, 1989, 1997). Die Zunahme der Möglichkeit, materielle Bedürfnisse befriedigen zu können, führt laut Inglehart mit einer Zeitverzögerung zu einer Werteverstärkung von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten. Materialistische Werte sind solche der Befriedigung der ökonomischen Lebensbedingungen und der Sicherheit, und zu den postmaterialistischen Werten gehören vor allem Wünsche nach Selbstentfaltung und Partizipation.

Folgt man Inglehart, so werden sich Menschen mit postmaterialistischen Einstellungen verstärkt für Umweltschutz aussprechen, da die intakte Umwelt als Voraussetzung der Selbstentfaltung interpretiert wird (Inglehart 1995; siehe auch Betz 1990). Wir erwarten daher, dass sich Personen mit postmaterialistischen Wertvorstellungen stärker für Umweltschutz aussprechen werden als Personen mit materialistischen Werten. Entscheidend ist, dass dieser Effekt unabhängig von der aktuellen Budgetrestriktion einer Person oder des Landes zustande kommt. Wie man aus der Sozialisationsforschung weiß, eignen sich Menschen ihre grundlegenden Werte in der Adoleszenz an (vgl. Inglehart 1983, Nunner-Winkler 2000). Diese Werthaltungen bleiben auch dann relativ stabil, wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt die ökonomische Lage eines Individuums oder des Landes ändert (vgl. Franzen/Meyer 2004: 121). Greift man auf den sogenannten „Inglehart-Index“ zur Messung postmaterialistischer Einstellungen zurück (Inglehart 1990), so lautet unsere vierte Hypothese:

H4: Personen mit postmaterialistischen Wertvorstellungen sprechen sich stärker für Umweltschutz aus als Personen mit materialistischen Wertvorstellungen.

Wie verschiedene Studien gezeigt haben, nimmt das Umweltbewusstsein mit steigendem Alter ab (Franzen/Meyer 2004, Greenbaum 1995, Langheine/Lehmann 1986, Preisendörfer/Franzen 1996). Für diesen Zusammenhang wird ein Kohorteneffekt verantwortlich gemacht. Die Wertesozialisation der nach 1960 in den alten EU-Ländern geborenen Kohorten fand zu einer Zeit statt, in der Umweltschäden wie Luft- und Wasserverschmutzung als auch die Risiken der Kernkraftnutzung in zunehmendem

Maße in der Öffentlichkeit als Problem der gesellschaftlichen Entwicklung wahrgenommen wurden. Dagegen waren Umweltprobleme zur Zeit der Wertesozialisation der vor 1960 Geborenen kaum ein Thema der öffentlichen Debatte. Wir vermuten daher, dass das Alter als Proxy für die Geburtskohorte eines EU-Bürgers einen von den postmaterialistischen Überzeugungen unabhängigen, eigenständigen Effekt auf die Bereitschaft zum Engagement für die Umwelt aufweist:

H5: Je jünger eine Person ist, desto stärker spricht sie sich für Umweltschutz aus.

(3) *Umweltqualität*. Unsere letzte Hypothese bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen dem objektiven Zustand der natürlichen Umwelt und dem Umweltbewusstsein. Manche Autoren gehen davon aus, dass ein höheres Umweltbewusstsein die Folge eines schlechten lokalen bzw. nationalen Umweltzustandes ist. So zeigt Inglehart (1995) anhand von Daten des „World Values Survey“ (1990–93), dass mit höherer Luftverschmutzung in einem Land die Zustimmung seiner Bürger zum Umweltschutz ansteigt. Trotz einer anderen theoretischen Ausgangsposition gelangt auch Riley Dunlap zu ähnlichen Ergebnissen (Dunlap 1994, Dunlap et al. 1993, Dunlap/Mertig 1996). Auf der Basis des Gallup „Health of the Planet Survey“ von 1993 kommt er zu dem Schluss, dass je schlechter es in einem lokalen Raum, einer Region oder einem Land um die Umwelt bestellt ist, desto sensibler zeigen sich die Bürger für Umweltprobleme, und desto größer ist der Stellenwert des Umweltschutzes im Rahmen des individuellen Wertekatalogs. Ein geeigneter Indikator zur Messung der Umweltqualität eines Landes ist der „Environmental Sustainability Index“ (ESI) des „Environmental Performance Measurement Project“ an der Universität Yale. Der ESI besteht aus 22 sozioökonomischen, umweltbezogenen und institutionellen Indikatoren (vgl. Anhang 2). Unter Verwendung dieses Index lautet unsere sechste Hypothese:

H6: Je schlechter die Umweltqualität eines EU-Landes ist, desto stärker sind die Präferenzen seiner Bürger für Umweltschutz.

4.2 Daten, Variablen und Methode

Wir können für die Kausalanalyse nicht auf die im dritten Abschnitt verwendeten Daten des Gallup Millennium Survey zurückgreifen, da in dieser Umfrage keine geeigneten Informationen über die sozioökonomische Lage der Befragten und über grundlegende politische Werthaltungen erhoben

wurden. Wir verwenden stattdessen die Daten des „International Social Science Programme“ (ISSP) aus dem Jahr 2000 („Environment II“). Das ISSP ist ein seit 1983 existierendes internationales Programm zur Koordination ländervergleichender Umfragen mit jeweiligen Themenschwerpunkten. Im Jahr 2000 wurden weltweit in 26 Ländern Einstellungen zur Umwelt erhoben. Die nationalen Zufallsstichproben umfassen zwischen 900 und 1500 Befragte. Zum Einsatz kamen – je nach Land – standardisierte schriftliche Fragebögen (Selbstausfüller) oder Face-to-face-Interviews.

Der ISSP-Datensatz „Environment II“ hat allerdings den Nachteil, dass er nicht die Breite der EU-Länder abdeckt. Im Rahmen des ISSP wurden Antworten von Personen aus zehn EU-15-Ländern (zuzüglich Ost-Deutschland, da Ost- und West-Deutschland getrennt erhoben wurden und auch getrennt analysiert werden können), aus nur drei Beitritt I-Ländern sowie nur einem Beitritt II-Land erhoben. Insgesamt stehen uns damit die Antworten der Bürgerinnen und Bürger von vierzehn europäischen Ländern zur Verfügung,⁹ was die Validität unserer Analysen durchaus beeinträchtigen kann. Wir haben uns dennoch aus mehreren Gründen für die Analyse dieses Datensatzes entschieden. Erstens enthält der Datensatz die im letzten Abschnitt beschriebenen unabhängigen Variablen. Zweitens stellt der Datensatz, anders als z. B. die Eurobarometer-Befragung 62.1, Daten aus jedem unserer drei EU-Ländergruppen bereit. Drittens gehen wir davon aus, dass die von uns postulierten Wirkungszusammenhänge prinzipiell in allen Ländern in gleicher Weise gelten, d. h. die Länder stellen nur Spezifikationen der jeweiligen Randbedingungen (z. B. des Grads der ökonomischen Modernisierung) dar. Diese Annahme können wir jedoch nur unter der Voraussetzung machen, dass die Struktur der Umweltwerte der Befragten, die an der ISSP-Befragung teilgenommen haben, in etwa der Struktur derjenigen entspricht, die bei der Gallup-Befragung mitgemacht haben. Ob dies der Fall ist, können und werden wir überprüfen.

Zur Messung von Umweltwerten in Konkurrenz zu Wirtschaftswerten stehen uns verschiedene Items zur Verfügung, die jeweils das Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt auf der individuellen Ebene abbilden. Eine der Fragen stellt den Befragten vor die

⁹ In Irland wurde keine Haushaltsgröße erhoben, die aber zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens notwendig ist. Daher gehen die irischen Daten nicht in unsere Analysen ein, weshalb unter dem Strich nur Daten über 13 Länder zuzüglich Ost-Deutschland zur Verfügung stehen.

Aufgabe, auf einer fünfstufigen Zustimmungsskala anzugeben, in welchem Ausmaß er bereit wäre, seinen Lebensstandard zum Zwecke der Förderung der Umwelt abzusenken: „And how willing would you be to accept cuts in your standard of living in order to protect the environment?“ Wir geben diesem Item den Vorzug vor indexbasierten Umweltbewusstseinsmessungen, weil es am ehesten unserer Messstrategie aus Abschnitt 3 entspricht, nämlich die Einnahme eines Umweltstandpunktes mit der Konsequenz materieller Kosten zu verknüpfen.

Zur Prüfung unserer Hypothesen haben wir schrittweise erweiterte lineare Regressionsanalysen durchgeführt. Die Beschreibung der Variablen zur Operationalisierung der theoretischen Konstrukte befindet sich in Anhang 2. Das *Basismodell* überprüft den Einfluss des Alters und des materiellen Wohlstands einer Person auf die Einstellung zum Umweltschutz. Das *zweite Modell* enthält zusätzlich die grundlegenden Werthaltungen zur Politik und zu postmaterialistischen Wertvorstellungen. In den beiden nächsten Modellen überprüfen wir den Einfluss der Ländermerkmale Wohlstandsniveau und Umweltqualität. Da beide Variablen miteinander hoch korrelieren ($R^2 = .45$), prüfen wir deren Einfluss jeweils separat, um die Multikollinearität im Modell zu reduzieren. Das *dritte Modell* erweitert das zweite Modell um das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (in Kaufkraftparitäten). Das *vierte Modell* enthält gegenüber dem zweiten Modell zusätzlich den ESI als Maß der Umweltqualität eines Landes.

Da pro Land mehrere Personen befragt wurden, müssen wir davon ausgehen, dass ein unbeobachteter Einfluss der Länderzugehörigkeit auf die Zustimmung der Befragten zum Umweltschutz besteht. In diesem Fall sind die Modellannahmen der Regressionsanalyse verletzt. Aus diesem Grund schätzen wir robuste Standardfehler unter Berücksichtigung von Landesclustern (Huber-Regression, vgl. Huber 1967).¹⁰

¹⁰ Wir verwenden keine Mehrebenenanalyse, weil unsere Hypothesen weder Aussagen über *Cross-Level*-Effekte zwischen der Individual- und der Länderebene beinhalten, noch legen sie unterschiedliche Effekte der Individualvariablen in verschiedenen Ländern nahe. Daher beschränken wir uns auf eine Huber-Regression. Zudem verzichten wir auf die Berücksichtigung von weiteren soziodemografischen Merkmalen wie Geschlecht und Bildungsgrad, da beide Variablen für uns nicht von theoretischem Interesse sind. Dieser Ausschluss ist gerechtfertigt, da die Koeffizienten, wie geprüft, in den berechneten Modellen bei Hinzunahme der beiden Variablen stabil bleiben, weshalb man nicht von einem Spezifikationsfehler ausgehen kann.

4.3 Ergebnisse

In welchem Maße zeigen sich in den ISSP-Daten ähnliche Länderunterschiede wie in den Daten des Gallup Millennium Survey? Tabelle 2 gibt darüber Auskunft. Zwar liegen die Zustimmungsraten im Vergleich zu Tabelle 1 insgesamt deutlich niedriger. Die Verteilung der Länder ist in beiden Umfragen aber weitgehend ähnlich. Wiederum äußern die Bürger in den EU-15 Ländern die umweltfreundlichsten Einstellungen, wobei die skandinavischen Länder, Österreich und Westdeutschland die vorderen Plätze einnehmen. Es folgen die Beitritt I-Länder sowie das Beitritt II-Land Bulgarien. Lettland liegt mit nur 6 Prozent Zustimmung und 78 Prozent Ablehnung auf dem letzten Platz.

Die Ergebnisse unserer multivariaten Berechnungen sind in Tabelle 3 festgehalten. Blicken wir zunächst auf unser *Ausgangsmodell* in der zweiten Spalte. Je jünger ein Befragter ist, desto stärker ist er bereit, seinen Lebensstandard für den Umweltschutz abzusenken. Andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen (Franzen/Meyer 2004, Greenbaum 1995). Hypothese H5 kann also als bestätigt angesehen werden. Weiterhin haben wir in Hypothese H1 behauptet, dass sich die Höhe des Äquivalenzeinkommens positiv auf die Präferenz für Umweltschutz auswirkt. Die Ergebnisse bestätigen diese Hypothese: Je größer die individuellen finanziellen Ressourcen sind, desto größer ist die Bereitschaft, Umweltschutz zu unterstützen. Dieser hochsignifikante Effekt bleibt über alle Modelle stabil.

In *Modell 2* sind die generalisierten Einstellungen hinzugefügt. Die Koeffizienten der soziodemografischen Variablen werden dadurch nicht wesentlich verändert, was für die Stabilität unserer Modelle spricht. Betrachten wir zunächst die politischen Einstellungen. Die Variable liegt kategorial vor, wobei als Referenzkategorie „Links“ ausgewählt wurde. Die „Rechts“ eingestellten Befragten sprechen sich im Vergleich zu den „Links“ eingestellten Befragten stärker gegen eine Absenkung des Lebensstandards für Umweltschutz aus. Dieser in Hypothese H3 vorhergesagte Effekt ist hochsignifikant und ebenfalls über alle Modelle stabil. Gleiches gilt für Personen ohne politische Präferenz. Auch die Hypothese 4 wird durch unsere Analyse bestätigt: Personen mit postmaterialistischen Einstellungen haben eine höhere Sensibilität für die Belange der Umwelt als Personen mit materialistischen Werthaltungen.

In *Modell 3* haben wir zusätzlich geprüft, welchen Effekt die Umweltqualität eines Landes auf die Um-

Tabelle 2 Lebensstandard absenken für Umweltschutz (relative Häufigkeiten)

	Zustimmung	Ablehnung	weder / noch
EU-15	36,4	38,4	25,2
Österreich	50,6	28,7	20,8
Schweden	44,9	27,3	27,8
Deutschland (West)	43,3	27,4	29,3
Finnland	42,3	30,2	27,5
Niederlande	39,6	34,9	25,5
Irland	35,3	48,0	16,7
Dänemark	32,8	34,0	33,2
Spanien	30,9	44,8	24,3
Deutschland (Ost)	26,6	47,0	26,4
Großbritannien	26,3	49,9	23,8
Portugal	16,8	60,8	22,4
Beitritt I	20,3	56,5	23,2
Slowenien	33,8	30,3	35,9
Tschechien	21,0	60,6	18,4
Lettland	5,8	78,1	16,1
Beitritt II			
Bulgarien	12,1	69,1	18,8

Quelle: ISSP 2000, N = 15467. Operationalisierung: Zusammenfassung der beiden Zustimmung- und Ablehnungskategorien; gerundet.

welteinstellungen hat. Wir können keinen negativen Zusammenhang zwischen der Umweltqualität eines Landes und den Umweltwerten seiner Bürger feststellen. Ganz im Gegenteil: Mit steigender Umweltqualität steigt auch die Bereitschaft, für den Umweltschutz Teile des individuellen Lebensstandards zu opfern.

Modell 4 erweitert das Modell 2 um das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftparitäten). In Übereinstimmung mit Hypothese H2 sehen wir, dass die Zustimmung zum Umweltschutz mit steigendem Bruttoinlandsprodukt zunimmt.

Vergleichen wir abschließend die standardisierten Effektstärken der unabhängigen Variablen miteinander, so sehen wir, dass das Ländermerkmal des Bruttoinlandsprodukts den stärksten Effekt hervorruft, gefolgt von den Effekten der Umweltqualität und den postmaterialistischen Einstellungen. Die beiden soziodemografischen Variablen sind als relativ bedeutungslos einzustufen.

Einschränkend ist hinzuzufügen, dass die insgesamt aufgeklärte Varianz mit rund 12 Prozent nicht allzu groß ist. Allerdings muss man bedenken, dass es uns nicht darum geht, eine möglichst umfangreiche Erklärung von Umwelteinstellungen vorzulegen, sondern einige Hypothesen zu prüfen, die für die

langfristige Entwicklung der EU-Umweltpolitik maßgeblich sind.¹¹

Man kann aus unseren Analysen eine zentrale Schlussfolgerung in Bezug auf die zukünftige Unterstützung des EU-Ökologieskripts durch die Bürgerinnen und Bürger der neuen Mitgliedsstaaten ableiten: Die Präferenz für Umweltschutz hängt vor allem vom Grad der ökonomischen und ökologischen Modernisierung des Mitgliedslandes und den grundlegenden Wertorientierungen der Bürger ab, wobei die postmaterialistischen Einstellungen wiederum vom Grad der Modernisierung eines Landes abhängen. Die Beitritt I- und Beitritt II-Länder sowie die Türkei liegen derzeit in allen diesen Dimensionen deutlich hinter den alten Mitgliedsstaaten zurück. Dies kann sich langfristig ändern. Gelingt die Modernisierung der neuen Mitgliedsstaaten ähnlich gut wie in der Vergangenheit im Falle von

¹¹ Zur Absicherung unserer Befunde haben wir zusätzlich eine Regression mit dem Millennium-Datensatz gerechnet. Darin fungierte die Frage nach dem Vorrang des Umweltschutzes vor Wirtschaftswachstum als (dichotome) abhängige Variable sowie Postmaterialismus, Bruttoinlandsprodukt und Umweltqualität als unabhängige Variablen. Die Ergebnisse bestätigen die Befunde unserer Analyse des ISSP-Datensatzes.

Tabelle 3 Lineare Regression „Lebensstandard absenken für Umweltschutz“

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Soziodemografische Merkmale				
Alter (in Jahren)	-.044 (-2.07)	-.052* (-2.98)	-.044* (-2.69)	-.050** (-3.02)
Pro-Kopf-Einkommen	.075** (3.71)	.060** (3.57)	.064** (3.62)	.066** (3.77)
Generalisierte Einstellungen				
Politische Einstellungen (Ref.-Kat. Links)				
Mitte/ Liberal		.001 (0.03)	.004 (0.09)	.003 (0.11)
Rechts		-.095*** (-4.88)	-.073** (-3.35)	-.071** (-3.00)
keine Präferenz		-.177** (-3.29)	-.145** (-3.21)	-.077* (-2.40)
Postmaterialismus (Inglehart-Index)		.154*** (8.84)	.134*** (9.34)	.115*** (9.49)
Ländermerkmale				
Umweltqualität (ESI-Index)			.169** (3.28)	
Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf, Kaufkraftparitäten)				.255*** (5.70)
R ²	.008	.070	.097	.124

Anm.: Quelle: ISSP 2000; N = 8806; hierarchische Regressionsmodelle mit robusten Standardfehlern unter Berücksichtigung von Clustern nach Länderzugehörigkeit; angegeben sind standardisierte Regressionskoeffizienten; t-Werte in Klammern; * $p_t < .05$, ** $p_t < .01$, *** $p_t < .001$.

Spanien, Griechenland oder Irland (vgl. Bornschieer et al. 2004, Delhey 2003), so ist langfristig mit einer stärkeren normativen Unterstützung des Umweltschutzes zu rechnen.

5. Bilanz

Wir sind der Frage nachgegangen, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger die institutionalisierten Ökologiewerte der EU unterstützen. In einem ersten Schritt haben wir unter Rückgriff auf die Entwicklung des Primär- und Sekundärrechts das Ökologieskript der EU rekonstruiert. Die EU-Umweltpolitik hat seit den 1970er Jahren enorm an Bedeutung gewonnen, so dass die Idee einer zu schützenden Umwelt heute zum festen Bestandteil des Gesellschaftsskripts der EU gehört. Die EU erwartet von ihren Mitgliedsstaaten den aktiven Einsatz für den Schutz der natürlichen Umwelt auch um den Preis der Beschränkung wirtschaftlicher Freiheiten und erheblicher finanzieller Aufwendungen.

Ob und in welchem Maße diese Werte von den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitglieds- und Beitrittsländer geteilt werden, haben wir anhand der Analyse von Umfragedaten des „Gallup Millennium Survey“ geprüft. Insgesamt sind die Zustimmungsraten zum Ökologieskript der EU recht hoch; Umweltschutz ist ein fester Bestandteil der Werte der Bürger Europas. Dies gilt aber nicht für alle Länder gleichermaßen. Wir haben gesehen, dass sich die Bürger der EU-15-Länder stärker für den Vorrang der Umwelt vor der Wirtschaft aussprechen, als dies die Bürger der Beitritt I- und Beitritt II-Länder sowie der Türkei tun.

Dieser Befund kann Folgen für das Institutionengefüge der EU und für die weitere Entwicklung der EU-Umweltpolitik haben: *Mittelfristig* ist zu erwarten, dass die mittelosteuropäischen Länder über die in den Beitrittsverhandlungen festgelegten Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität kaum weitergehende EU-Initiativen zum Umweltschutz unterstützen werden. Die Repräsentanten der neuen Länder werden für diese Fragen weniger Interesse aufbringen, wenn sie sich an den Vorstellungen ih-

rer Bürger orientieren. Unsere multivariaten Analysen deuten jedoch darauf hin, dass die Bereitschaft zur Ausdehnung des Umweltschutzes *langfristig* ansteigen kann, nämlich dann, wenn (1) die erwartete ökonomische Modernisierung der neuen Mitgliedsstaaten voranschreitet, wenn sich (2) in ihrem Gefolge die grundlegenden Werthaltungen vom Materialismus hin zum Postmaterialismus ändern,

und wenn (3) die im Zuge der Beitrittsverhandlungen auferlegten umweltpolitischen Auflagen der EU Früchte tragen. Dies würde dann auch die Bereitschaft der jeweiligen Regierungen erleichtern, umweltpolitische Initiativen der EU-Kommission oder des EU-Parlaments zumindest nicht zu blockieren.

Anhang 1

Kriterien zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU auf dem Gebiet des Umweltrechts
(Quelle: Europäische Gemeinschaften 1995–2000b)

- (1) Integration von Umweltbelangen in andere Politikbereiche;
- (2) Grad der Übereinstimmung der horizontalen umweltrechtlichen Vorschriften eines Landes mit dem Umwelt-Acquis (u. a. Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und Unterzeichnung anderer Abkommen);
- (3) Wasserqualität (Schutz des Grundwassers, Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrate und gefährliche Stoffe, Verminderung des Fluorgehalts im Trinkwasser, Abwasserbehandlung, Ableitung gefährlicher Stoffe);
- (4) Abfallwirtschaft (Entsorgung von Abfällen, Verpackungen und Altfahrzeugen, Verwertung und Beseitigung gefährlicher Abfälle und Verpackungen, Verpackungssteuern, Aufbau eines Netzes von Abfallbeseitigungsanlagen und eines Genehmigungssystems);
- (5) Kontrolle der Verschmutzung durch Industrieanlagen und Risikomanagement (z. B. Emission flüchtiger organischer Verbindungen, die bei der Verwendung von Lösungsmitteln entstehen, Abfallverbrennung, Großfeuerungsanlagen, Festlegung nationaler Emissionshöchstmengen, Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung);
- (6) Luftqualität (z. B. Emissionsraten und -abgaben für luftverunreinigende Stoffe, Genfer Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, Ratifizierung der Londoner und Kopenhagener Änderungen zum Protokoll von Montreal);
- (7) Chemikalien (Bewertung und Überwachung der Risiken chemischer Altstoffe, Kennzeichnungs-, Verpackungs-, Klassifizierungs-, Identifizierungs- und Notifizierungsverfahren, Einfuhr- und Ausfuhrregelungen für bestimmte gefährliche Stoffe);
- (8) Genetisch veränderte Organismen (GVO);
- (9) Strahlenschutz und nukleare Sicherheit (die nukleare Sicherheit wird im Kapitel „Energie“ behandelt);
- (10) Naturschutz (die Beitrittsländer mussten Listen von Gebieten erstellen, die sie als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder als besondere Schutzgebiete vorschlugen, Erlassen eines Naturdenkmälergesetzes, nationale Programme zur Verwirklichung von Natura 2000, Jagdbestimmungen);
- (11) Lärmemission.

Anhang 2

Variablenbeschreibung

Variable	Range	Beschreibung	Quelle
<i>Einstellung zum Umweltschutz</i>	1, 5	„Willing to accept cuts in standard of living in order to protect the environment: 1 = very willing, 2 = fairly willing, 3 = neither willing nor unwilling, 4 = fairly unwilling, 5 = very unwilling.“ <i>Operationalisierung</i> : rekodiert.	ISSP 2000
<i>Alter</i>	15, 95	Alter in Jahren	ISSP 2000
<i>Äquivalenzeinkommen</i>	–2.08, 20.49	Familieneinkommen in Landeswährung, offene Erhebung. <i>Operationalisierung</i> : Umrechnung in Äquivalenzeinkommen, z-Transformation (Ländermittelwert)	ISSP 2000
<i>Links / Rechts-Skala</i>	1, 7	1 = far left etc., 2 = left, center left, 3 = center, liberal, 4 = right, conservative, 5 = far right etc; 6 = other, no specific, 7 = no party, no preference. <i>Operationalisierung</i> : Zusammenfassung der Kategorien 1 & 2, 4 & 5; 6 wurde auf missing gesetzt.	ISSP 2000
<i>Postmaterialismus</i>	0, 2	4-Item-Ranking-Skala; <i>Operationalisierung</i> : 0 = kein postmat. Item, 1 = 1 postmat. Item, 2 = 2 postmat. Items.	ISSP 2000 (rekodiert nach Inglehart 1990)
<i>Umweltqualität (ESI-Index)</i>	47.4, 80.5	„Environmental Sustainability Index“ (ESI) umfasst fünf Komponenten, die jeweils aus verschiedenen Einzelindikatoren bestehen: „1. Environmental systems, 2. reducing stresses, 3. reducing human vulnerability, 4. social and institutional capacity, 5. global stewardship“.	Global Leaders of Tomorrow Environment Task Force, World Economic Forum (2001) http://www.yale.edu/esi/
<i>Pro Kopf-Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten)</i>	5071, 25918	Standard-Wohlstandsmaß (HDI-Bericht 2001)	http://hdr.undp.org/reports/global/2001/en/pdf/back.pdf

Literatur

- Almond, G.A. / Powell, G.B. / Strom, K. / Dalton, R.J., 2003: *Comparative Politics Today*. New York: Longman.
- Bailey, I., 2003: *New Environmental Policy Instruments in the European Union*. Aldershot: Ashgate.
- Barnes, P.M. / Barnes, I.G., 1999: *Environmental Policy in the European Union*. Cheltenham etc.: Elgar.
- Baumol, W.J. / Oates, W.E., 1979: *Economics, Environmental Policy, and the Quality of Life*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Betz, H.-G., 1990: Value Change in Postmaterialist Politics: The Case of West Germany. *Comparative Political Studies* 23: 239–256.
- Bornschieer, V. / Herkenrath, M. / Ziltener, P., 2004: Political and Economic Logic of Western European Integration. A Study of Convergence Comparing Member and Non-member States 1980–98. *European Societies* 6: 71–96.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), 2005: *Umweltschutz und Beitrittsvertrag*, http://www.bmu.de/europa_und_umwelt/eu-erweiterung/doc/2244.php (Download am 13.07.2005).
- Delhey, J., 2003: Europäische Integration, Modernisierung und Konvergenz. Zum Einfluss der EU auf die Konvergenz der Mitgliedsländer. *Berliner Journal für Soziologie*: 565–584.
- Diekmann, A., 1996: Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich. S. 89–118 in: A. Diekmann / C.C. Jaeger (Hrsg.), *Umweltsoziologie. Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Diekmann, A. / Franzen, A., 1999: The Wealth of Nations and Environmental Concern. *Environment and Behavior* 31: 540–549.
- Diekmann, A. / Preisendörfer, P., 2003: Green and Greenback: The Behavioral Effects of Environmental Attitudes in Low-Cost and High-Cost Situations. *Rationality and Society* 15: 441–472.

- Dunlap, R.E., 1994: International Attitudes towards Environment and Development. S. 115–126 in: H.O. Bergesen / G. Parmann (Hrsg.), *Green Globe Yearbook of International Co-Operation on Environment and Development 1994*. Oxford: Oxford University Press.
- Dunlap, R.E. / Gallup, G.H. / Gallup, A.M., 1993: *Of Global Concern: Results of the Health of the Planet Survey*. *Environment* 35: 7–15, 33–39.
- Dunlap, R.E. / Mertig, A.G., 1996: *Weltweites Umweltbewusstsein. Eine Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Theorie*. S. 195–218 in: A. Diekmann / C.C. Jaeger (Hrsg.), *Umweltsoziologie. Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Europäische Gemeinschaften, 1995–2005a: *Beitrittstrategien für die Umwelt*, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/128057.htm> (Download 06.07.2005).
- Europäische Gemeinschaften, 1995–2000b: *Umwelt: Zusammenarbeit mit Drittländern/ [Land] – Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes*, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/s15011.htm> (Download 15.07.2005). (Berichte für die einzelnen Länder).
- European Commission, 2005: *Special Eurobarometer 217 „Attitudes of European citizens towards environment“*, http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_217_en.pdf (Download 23.8.05).
- Fehr, E. / Fischbacher, U., 2002: *Why Social Preferences Matter – The Impact of Non-selfish Motives on Competition, Cooperation and Incentives*. *The Economic Journal* 112: C1–C33.
- Fligstein, N. / Stone Sweet, A., 2002: *Constructing Politics and Markets. An Institutional Account of European Integration*. *American Journal of Sociology* 107: 1206–1243.
- Franzen, A., 2003: *Environmental Attitudes in International Comparison: An Analysis of the ISSP Surveys 1993 and 2000*. *Social Science Quarterly* 84: 297–308.
- Franzen, A. / Meyer, R., 2004: *Klimawandel des Umweltbewusstseins? Eine Analyse des ISSP 2000*. *Zeitschrift für Soziologie* 33: 119–137.
- Fuchs, D. / Klingemann, H.-D., 1990: *The Left-Right Schema*. S. 203–234 in: M.K. Jennings / J. van Deth et al. (Hrsg.), *Continuities in Political Action – A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Fürst, V., 2004: *Umweltpolitisches Regieren im Wandel. Zur Transformation von Staatlichkeit in weltmarkt-offenen Staaten*. Diss., Berlin: Freie Universität Berlin (<http://www.diss.fu-berlin.de/2004/192/>).
- Gerhards, J. / Hölscher, M., 2003: *Kulturelle Unterschiede zwischen Mitglieds- und Beitrittsländern der EU. Das Beispiel Familien- und Gleichberechtigungsvorstellungen*. *Zeitschrift für Soziologie* 32: 206–225.
- Gerhards, J., unter Mitarbeit von M. Hölscher, 2005: *Kulturelle Unterschiede in der europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden: VS.
- Global Leaders of Tomorrow Environment Task Force, *World Economic Forum* (2001): *2001 Environmental Sustainability Index*. New Haven, CT: Yale Center for Environmental Law and Policy (http://sedac.ciesin.columbia.edu/es/esi/ESI_01a.pdf).
- Greenbaum, A., 1995: *Taking Stock of Two Decades of Research on the Social Basis of Environmental Concern*. S. 125–152 in: M.D. Metha / E. Quellet (Hrsg.), *Environmental Sociology*. North York: Captus Press.
- Huber, P.J., 1967: *The Behavior of Maximum Likelihood Estimates under Non-Standard Conditions*. S. 221–233 in: L.M. LeCam / J. Neyman (Hrsg.), *Proceedings of the Fifth Annual Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability*. Vol. I, Berkeley, Ca.: University of California Press.
- Inglehart, R., 1971: *The Silent Revolution in Europe*. *American Political Science Review* 65: 991–1017.
- Inglehart, R., 1983: *Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften*. *Politische Vierteljahresschrift* 24: 139–165.
- Inglehart, R., 1989: *Kultureller Umbruch*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Inglehart, R., 1990: *Cultural Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Inglehart, R., 1995: *Public Support for the Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies*. *Political Science and Politics* 28: 57–72.
- Inglehart, R., 1997: *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Johnson, S. / Corcelle, G., 1989: *The Environmental Policy of the European Communities*. London: Graham & Trotman.
- Knill, C., 2001: *The Europeanisation of National Administrations. Patterns of Institutional Change and Persistence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Knill, C., 2003: *Europäische Umweltpolitik. Steuerungsprobleme und Regulierungsmuster im Mehrebenensystem*. Opladen: Leske & Budrich.
- Kohler-Koch, B. / Conzelmann, Th. / Knodt, M., 2004: *Europäische Integration – Europäisches Regieren*. Wiesbaden: VS.
- Kohn, M.L. / Schooler, C., 1982: *Job Conditions and Personality*. *American Sociological Review* 87: 1257–1286.
- Krämer, L., 1992: *Focus on European Environmental Law*. London: Sweet & Maxwell.
- Langeheine, R. / Lehmann, J., 1986: *Ein neuer Blick auf die soziale Basis des Umweltbewusstseins*. *Zeitschrift für Soziologie* 15: 378–384.
- Lepsius, M.R., 1990: *Der europäische Nationalstaat: Erbe oder Zukunft*. S. 256–268 in: ders. (Hrsg.), *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- McCormick, J., 1999: *Environmental Policy*. S. 193–210 in: L. Cram / D. Dinan / N. Nugent (Hrsg.), *Developments in the European Union*. Basingstoke, London: Macmillan.
- Nunner-Winkler, G., 2000: *Wandel in den Moralvorstellungen: Ein Generationenvergleich*. S. 299–336 in: W. Edelstein / G. Nunner-Winkler (Hrsg.), *Moral im sozialen Kontext*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Page, B.I. / Shapiro, R.Y., 1983: Effects of Public Opinion on Policy. *American Political Science Review* 77: 175–190.
- Preisendörfer, P., 1999: Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewußtsein in Deutschland 1991 – 1998“. Opladen: Leske & Budrich.
- Preisendörfer, P. / Franzen, A., 1996: Der schöne Schein des Umweltbewußtseins. Zu den Ursachen und Konsequenzen von Umwelteinstellungen in der Bevölkerung. S. 219–244 in: A. Diekmann / C.C. Jaeger (Hrsg.), *Umweltsoziologie. Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roose, J., 2003: Die Europäisierung der Umweltbewegung. Umweltorganisationen auf dem langen Weg nach Brüssel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Roth-Behrendt, D. / Nowak, A. 2004: Die Umweltpolitik der europäischen Union. S. 305–322 in: W. Weidenfeld (Hrsg.), *Die europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Snow, D.A. / Benford, R.D., 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. S. 197–217 in: B. Klandermans / H. Kriesi / S. Tarrow (Hrsg.), *International Social Movement Research 1*. Greenwich, Connecticut: JAI Press.
- Snow, D.A. / Rochford, E.B. / Worden, S.K. / Benford, R.D., 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. *American Sociological Review* 51: 464–481.
- Stone Sweet, A. / Sandholtz, W. / Fligstein, N. (Hrsg.), 2001: *The Institutionlization of Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Wegener, B., 2001: Solidarity, Justice, and Social Change: Germany's Ten Years of Unification. S. 207–233 in: D. Pollack / J. Jacobs / O. Müller / G. Pickel (Hrsg.), *Political Culture in Central and Eastern Europe*. Ashgate: Aldershot.
- Weidenfeld, W. (Hrsg.), 2004: *Die europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Wessels, W., 1997: An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes. *Journal of Common Market Studies* 35: 267–299.

Autorenvorstellung: Jürgen Gerhards, geb. 1955 in Andernach/Rhein. Studium der Sozialwissenschaften und Germanistik in Köln, Promotion 1986 in Köln, Habilitation 1992 an der FU Berlin. 1982–1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln, 1988–1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB, 1994–2004 Professor für Kultursoziologie und Allgemeine Soziologie an der Universität Leipzig, seit 2004 Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. 2001/2002 Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin, 2003/2004 Fellow am Swedish Collegium for Advanced Study in the Social Sciences.

Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Kultur und Werte, Öffentlichkeitssoziologie.

Letzte Buchveröffentlichungen: *The Name Game: Cultural Modernization and First Names*. New Brunswick und London 2005; *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union: Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden 2005 (unter Mitarbeit von Michael Hölscher).

Holger Lengfeld, geb. 1970 in Berlin. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Berlin, Promotion 2003 an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1998–2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Nachwuchsgruppe „Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung“ am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, 2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Staatswissenschaften und vergleichende Gesellschaftswissenschaft der Universität Wien, seit 11/2004 Wissenschaftlicher Assistent für Soziologie an der Freien Universität Berlin.

Forschungsschwerpunkte: Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung, Soziologie der Werte, Arbeits- und Organisationssoziologie.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Mitbestimmung und Gerechtigkeit: Zur moralischen Grundstruktur betrieblicher Verhandlungen*. München/Mering 2003; *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M./New York 2004 (Hrsg. gemeinsam mit S. Liebig und S. Mau); *Organisierte Ungleichheit: Wie Organisationen soziale Ungleichheit herstellen*. Hagen 2006. Zuletzt in dieser Zeitschrift: *Gruppenarbeit, Entlohnung und Gerechtigkeit*. Zu einem vergessenen Feld der arbeitssoziologischen Reorganisationsforschung (mit S. Liebig). *ZfS* 31, 2002: 211–231.